

Niederschrift

über die 10. Sitzung (Sondersitzung) / 16. Wahlperiode des Hauptausschusses des Rates der Stadt Burscheid am 2. Februar 2016

Sitzungsort: Sitzungssaal im Rathaus, Zi.-Nr. 2.41
Höhestraße 7 – 9, 51399 Burscheid

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Anwesend sind:

1. Bürgermeister Caplan

die Mitglieder (AM)

Dr. Schepanski
Bublies
Buttkus
Idel
Papazoglou

Becker, Klaus
Kühn
Engels – stellv. f. Wisnagrotzky

Baggeler
Höttgen

Wurmbach

Weber

Pieper

beratendes Mitglied ohne Stimmrecht (bM)

Wolfram

2. entschuldigt fehlt:

Wisnagrotzky

3. von der Verwaltung

Runge
Lagotzky
Bergfelder-Weiss – Schriftführerin

4. Gäste

9 Bürger/innen
2 Pressevertreter
Baack, Berger, Fuss - Stadtverwaltung

	Bezeichnung der Vorlage	Drucksachen-Nr.
	Tagesordnung Öffentlicher Teil	
116.	Beratung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 07.01.2016	
117.	Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, Planungsvarianten Berichterstatter: Herr Caplan/Herr Wilke	258/16
118.	Bestellung der Stadtoberamtsrätin Helga Lagotzky zur stellvertretenden Kämmerin; Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 GO NRW Berichterstatter: Herr Runge	257/16
119.	Mitteilungen und Verschiedenes	
120.	Anfragen von Ausschussmitgliedern	

Öffentlicher Teil

Bürgermeister Caplan eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr; begrüßt die Anwesenden und stellt einleitend fest, dass die Einladung frist- und formgerecht zugegangen ist. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ruft Bürgermeister Caplan zur Einwohnerfragestunde auf.

Einwohnerfragestunde:

Im Verlauf der Einwohnerfragestunde stellt Herr Vehlewald Fragen zum geplanten Bauvorhaben für Flüchtlinge im Luisental. Insbesondere fragt er, ob derzeit bekannt ist, wie viele Flüchtlinge noch kommen, woher sie kommen und wie lange sie in Burscheid bleiben werden. Er möchte wissen, mit welchen Kosten zu rechnen ist und ob eine Stadt mit Nothaushalt diese Ausgaben stemmen kann.

Weiter fragt Herr Vehlewald: Wenn das geplante Flüchtlingsheim zustande kommt, wird europaweit ausgeschrieben? Wann wird der Bauantrag gestellt? Werden die geplanten Kosten eingehalten? Ist ein anderes städtisches Grundstück für den Bau eines Flüchtlingswohnheimes geeignet? Was hat zur Meinungsänderung geführt, dass jetzt doch eine Wohnbebauung auf dem freien Grundstück Luisental stattfinden soll? Sind Bodenproben genommen worden vor dem Hintergrund, dass es unter der früheren Bebauung zwei Tiefgeschosse gab? Warum werden keine Wohncontainer aufgestellt, sondern gebaut? Wie ist eine Weiternutzung der Gebäude vorgesehen?

Herr Holzki spricht die Barrierefreiheit für eine Nachnutzung an und gibt zu bedenken, dass sich Fahrstühle nur bei dreigeschossiger Bauweise „rechnen“.

Weiter bezieht sich Herr Holzki auf einen Brand im Gewerbepark Luisental, bei dem nach seiner Ansicht die Löschwasserversorgung unzureichend gewesen sei, weil Schläuche bis in die Innenstadt gelegt werden mussten. Er fragt, ob sich inzwischen etwas geändert habe.

Bürgermeister Caplan schlägt vor, die Fragen im Rahmen der Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt „Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, Planungsvarianten“ zu beantworten.

Damit sind die Ausschussmitglieder und die anwesenden Einwohner einverstanden.

116. Beratung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 07.01.2016

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Form ohne Einwände angenommen.

117. Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, Planungsvarianten

258/16

Bürgermeister Caplan berichtet im Sinne der Vorlage und weist besonders darauf hin, dass heute eine Baualternative mit weniger Wohneinheiten vorgeschlagen werde. Die zweigeschossige Variante sei mit der Bauaufsicht abgestimmt worden; eine Bauvoranfrage ist gestellt. Inzwischen liegt auch ein positiver Bauvorbescheid vor.

Auf die Fragen von Herrn Vehlewald aus der Einwohnerfragestunde geht Bürgermeister Caplan im Einzelnen ein:

- Der Verwaltung ist nicht bekannt, wie viele Flüchtlinge kommen. Nach Erfahrungswerten des vergangenen Jahres ist mit zwischen acht und zehn Neuzugängen pro Woche zu rechnen. Die Zahlen werden immer wieder aktualisiert und nach Berechnungen der Verwaltung unter Berücksichtigung der vorhandenen Wohnungen besteht eine Unterdeckung bei der Wohnraumversorgung, die weitere Unterkünfte notwendig macht.
- Derzeit liegt die Erfüllungsquote bei 103 %. Daher ist in Burscheid in den nächsten Wochen wahrscheinlich nicht mit Zuweisungen zu rechnen.
- Wie lange Flüchtlinge in Burscheid bleiben werden ist nicht bekannt, da unklar ist, wie lange die Asylverfahren andauern.
- Bürgermeister Caplan betont, dass Burscheid sorgsam mit Steuergeldern umgehe und deswegen bei einem verminderten Zuzug von Flüchtlingen nicht die neuen Gebäude im Luisental zur Disposition stehen, sondern die sanierungsbedürftigen städtischen Objekte Luisenhöhe (Übergangwohnheime) und die angemieteten Wohnungen. Ziel sei es, die Grundstücke Luisenhöhe für den sozialen Wohnungsbau zu vermarkten und so den Steuerzahler zu entlasten.
- Bei den Kosten in der Vorlage handelt es sich um grobe Schätzkosten, die über die Ausschreibungen konkretisiert werden.
- Die Stadt Burscheid befindet sich nicht im Nothaushalt. Vielmehr hat die Bezirksregierung Köln seit 2012 zum fünften Mal in Folge die vorgelegte Fortschreibung des Burscheider Haushaltssanierungsplanes für die Jahre 2012 bis 2021 nach dem Stärkungspaktgesetz genehmigt und auch die Haushaltsprüfung der Kommunalaufsicht des Rheinisch-Bergischen Kreises hat zu keinen Beanstandungen geführt.
- Bei der Entscheidungsvorbereitung haben Verwaltung und Politik besonders auf die Kosten und die Belastung für den Steuerzahler geachtet. Es wurden auch andere Alternativen im Vorfeld unter Kostengesichtspunkten sorgfältig geprüft.
- Eine europaweite Ausschreibung wird es wegen Unterschreitung der Auftragshöhe von ca. 5 Mio. Euro nicht geben. Es kann eine freihändige Vergabe erfolgen.
- Ein positiver Bauvorbescheid ist erteilt worden.
- Eine Wohnbebauung wurde seinerzeit wegen RG Textil nicht bevorzugt, so die Aussage des damaligen Bürgermeisters. Heute besteht die Firma nicht mehr.
- Bodenproben sind durch den heutigen Eigentümer AVEA vorgenommen worden.
- Im Rahmen des Bauprozesses wird das Thema Schadstoffe sorgsam nochmals untersucht.
- Auch die Frage „Wohncontainer“ wurde im Vorfeld geprüft. Diese sind relativ teuer. Wichtiger ist es, etwas zu bauen, das auch von der Energetik ordentlich ist und eine Nachnutzung ermöglicht. Somit wurde die nachhaltigste Lösung im Sinne des Steuerzahlers gewählt.
- Die Bauvoranfrage geht von einer zweigeschossigen Bauweise aus.

Zur Frage von Herrn Holzki nach der Löschwasserversorgung sagt Bürgermeister Caplan Klärung zu.

Antwort zur Niederschrift:

Nach Auskunft des Wehrleiters hat es bei dem Brand im Luisental keine Defizite gegeben. Vielmehr ist es üblich, dass bei solchen Brandereignissen eine entsprechende Löschwasserversorgung aufgebaut werden muss.

Zum Hinweis auf die Barrierefreiheit in den Gebäuden weist Bürgermeister Caplan darauf hin, dass diese nach den Regeln des sozialen Wohnungsbaus erst dann vorgesehen wird, wenn sie entsprechend genutzt werden.

AM Becker erklärt für die SPD-Fraktion, dass sich keine Alternativen für das jetzt vorgeschlagene Grundstück gefunden haben. Auch die Kosten von 4,09 Euro / qm

gegenüber einem Mietpreis von 6,50 Euro / qm sowie die nach unten gegangenen Zuzugszahlen überzeugen. Die zunächst vorgetragenen Bedenken seien zerstreut und der Vorschlag der Verwaltung werde mitgetragen.

AM Baggeler erklärt für die BfB-Fraktion, sie begrüße den Vorschlag der Verwaltung, die Wohnplätze zu reduzieren und unter dem Zeitdruck sehe man auch keine umsetzbare Alternative. Der Variante 1b werde zugestimmt.

In dem Zusammenhang erinnert AM Baggeler an den II. Bauabschnitt für die fußläufige Anbindung an die Innenstadt.

Bürgermeister Caplan verweist auf die angedachte Zwischenlösung über den Verbindungsweg, sagt aber zu, sich dem Thema Überquerungshilfe nochmals anzunehmen und mit den TWB zu sprechen.

AM Dr. Schepanski erklärt, man müsse verhindern, dass aus der Not heraus Turnhallen belegt oder Zeltstädte aufgebaut werden müssen. Die CDU-Fraktion unterstützt daher den Vorschlag der Verwaltung.

AM Pieper erklärt für die UWG-Fraktion, sie stimme aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung und aufgrund der Nachhaltigkeit im sozialen Wohnungsbau der vorgeschlagenen Variante 1b zu.

AM Wurmbach erklärt für die Fraktion Die Grünen, mit der Reduzierung der Wohneinheiten, der menschenwürdigen Unterbringung und der Nachhaltigkeit im sozialen Wohnungsbau werden die Probleme gelöst, daher stimme sie der Variante 1 b zu.

AM Weber erklärt für die FDP-Fraktion, sie teile die bereits vorgebrachten Gründe und stimme mangels zeitlicher und örtlicher Alternativen der Variante 1 b zu.

AM Buttke weist auf das Bestreben hin, Flüchtlinge im Alltag zu integrieren. Dazu gehöre auch, Sport anzubieten. Da Hallenkapazitäten nicht ausreichen, regt er an, nachhaltige Sportstätten zu schaffen.

bM Wolfram erklärt für Die Linken, im Sinne der Integration wäre eine zentraler gelegene Flüchtlingsunterkunft wünschenswert gewesen. Mangels entsprechender Alternativen spricht er sich auch für die vorgeschlagene Variante 1 b aus.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, Flüchtlingsunterkünfte mit möglicher Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau (im Sinne von Variante 1b) mit 14 Wohneinheiten zu schaffen.
2. Im Falle einer Nachnutzung im sozialen Wohnungsbau wird die Stadt beauftragt, die Veräußerung der Unterkünfte an einen privaten Investor anzustreben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

118. Bestellung der Stadtoberamtsrätin Helga Lagotzky zur stellvertretenden Kämmerin;
Eilbeschluss gem. § 60 Abs. 1 G NW 257/16

Frau Lagotzky verlässt den Sitzungssaal.

AM Wurmbach spricht ihre Anerkennung aus, bedankt sich für die bisher erbrachten Leistungen und wünscht der stellvertretenden Kämmerin weiterhin eine glückliche Hand. Die anderen Ausschussmitglieder schließen sich dem an.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Burscheid beschließt, die Stadtoberamtsrätin Helga Lagotzky mit sofortiger Wirkung zur stellvertretenden Kämmerin zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig dafür

119. Mitteilungen und Verschiedenes


Es liegen keine Wortmeldungen vor.

120. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ende des öffentlichen Teils: 17:45 Uhr



Caplan
Bürgermeister



Bergfelder-Weiss
Schriftführerin